Beschäftigteninitiative verurteilt unverhältnismäßige Polizeipräsenz und gewaltsame Räumung friedlicher Studierendenproteste

Offener Brief von ‚Zivile Uni Kassel' an die Universitätsleitung, 05. November 2026

Gestern stimmte der Senat der Uni Kassel für die faktische Abschaffung der Zivilklausel. In Zukunft spricht sich die Grundordnung nicht mehr explizit gegen militärische Forschung und Lehre aus. Die Studierenden hatten seit Monaten Kritik am intransparenten und wenig repräsentativen Verfahren geäußert. In einer studentischen Urabstimmung mit hoher Wahlbeteiligung stimmten 82% für den Erhalt der Zivilklausel. Ihr Votum wurde trotz eindeutigem Ergebnis und friedlicher Kundgebung vor dem Senatssaal nicht gehört.

Aus Protest gegen die Senatsentscheidung besetzten etwa Hundert Studierende einen Hörsaal im Campus Center. Erst nach Stunden wurde den Studierenden Wasser und Essen zugänglich gemacht, wiederum Stunden später durften sie erst die Toiletten benutzen. Die Besetzung und die angemeldete Versammlung vor dem Hörsaalgebäude wurden schließlich in der Nacht zum 05.11 gewaltsam von der Polizei auf Anordnung der Universitätsleitung geräumt. Wir verurteilen das Vorgehen der Hochschulleitung und die daraus folgende Eskalation aufs Schärfste. Die massive Präsenz und das aggressive Vorgehen der Polizei gegen friedliche Proteste war unnötig eskalierend. Hörsaalbesetzungen zählen zum zivilen Ungehorsam und sind seit Jahrzehnten Teil studentischer Protestkultur. Anstatt den Studierenden Raum zu geben und selbst organisierte Informationsveranstaltungen, Vorträge und Diskussionen zu ermöglichen, entschied sich das Präsidium für den Einsatz der Polizei und eine Zuspitzung der Lage. Vermittlungsversuche von Dozierenden wurden größtenteils abgelehnt. Die Ereignisse der gestrigen Nacht waren vermeidbar und werfen grundsätzliche Fragen zur Sicherheit von Hochschulangehörigen auf dem Campus auf.

Wir waren viele Stunden selbst als Beobachtende anwesend. Wir betonen nachdrücklich, dass sich die Studierenden kontinuierlich friedlich verhielten. Sie protestierten gut organisiert, einfallsreich und humorvoll. Nach der Räumung reinigten sie die Protestorte so gut wie möglich. Die gesamte Eskalation bedeutete dennoch Überstunden und Aufräumarbeiten für Beschäftigte, auch das war vermeidbar. Vor allem aber ersetzte sie in einer Konfliktsituationen Gespräch durch Polizeiaktion und trägt so zu weiteren Spaltungen bei. Diese Vorgehen verurteilen wir nachdrücklich. Wir fordern die Universitätsleitung dazu auf, sicherzustellen, dass die beteiligten Studierenden nicht strafrechtlich verfolgt werden und ihnen auch keinerlei andere Nachteile als Folge friedlicher Proteste entstehen.